

»Wir brauchen eine europäische Antwort mit europäischer Solidarität«

Interview mit **António Guterres**, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), über den dramatischen Anstieg von Flucht und Vertreibung weltweit, den gravierenden Mangel an Ressourcen zum Schutz von Flüchtlingen, die Herausforderung, Binnenvertriebene zu schützen, und die dringende Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationsstrategie.

Die Flüchtlingskrise im Mittelmeer und in anderen Teilen der Welt macht fast jeden Tag Schlagzeilen in den Medien. Die Zahlen scheinen in den letzten Jahren kontinuierlich und dramatisch angestiegen zu sein. Ist dieser Eindruck richtig?

António Guterres: Es stimmt: die Anzahl der Menschen, die das Mittelmeer überqueren, hat zugenommen. Im vergangenen Jahr waren es mehr als 200 000. Aber nicht alle sind Flüchtlinge. Es sind auch Arbeitsmigranten, die vor allem über das westliche und mittlere Mittelmeer nach Europa kommen. Dies ist ein gravierendes Problem, welches vernünftig gelöst werden muss. Aber es ist ein sehr kleines Problem verglichen mit der dramatischen Zunahme der Flucht und Vertreibung im Rest der Welt in den letzten Jahren. Für das Jahr 2014 sprechen wir von einer Rekordzahl von 59,5 Millionen Menschen, die aufgrund von Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung ihre eigentliche Heimat verlassen mussten. Wir dürfen nicht vergessen, dass weltweit 86 Prozent der Flüchtlinge in Entwicklungsländern leben. Die meisten wollen nicht nach Europa, sie wollen, dass die Kriege enden und sie in Würde wieder nach Hause zurückkehren können. Aber leider sehen wir nicht allzu viele Lösungen für die Konflikte der Gegenwart.

Ist die Anzahl der Flüchtlinge kontinuierlich auf knapp 60 Millionen gestiegen?

Bei der Anzahl an Personen, die vor militärischen Konflikten fliehen – nicht vor Naturkatastrophen oder aus anderen Gründen –, haben wir einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen: Im Jahr 2010 waren es im Schnitt 11 000 Menschen pro Tag, 14 000 im Jahr 2011, 23 000 im Jahr 2012, 32 000 im Jahr 2013 und 42 500 im Jahr 2014. Wir haben also in vier Jahren eine Vervierfachung der Zahl. Die humanitäre Gemeinschaft, UN-Organisationen, nichtstaatliche Organisationen (NGOs) und die Zivilgesellschaft werden daher mit einer enorm starken Zunahme von Flucht und Vertreibung in den nächsten Jahren zu kämpfen haben. Um es ganz deutlich

zu sagen: Wir haben nicht mehr die Mittel, um wenigstens ein Mindestmaß an Schutz und Unterstützung bieten zu können, das die Menschen benötigen.

Wie viele Flüchtlinge und Binnenvertriebene befinden sich unter den 60 Millionen?

Im Wesentlichen sind ein Drittel Flüchtlinge, die internationale Grenzen überquert haben und nach dem Völkerrecht Schutz genießen; zwei Drittel sind Binnenvertriebene, das heißt, sie bleiben in ihren Heimatländern, was mitunter sogar schlimmer ist, als Flüchtling zu sein. Es ist zum Beispiel dann schlimmer, wenn sie sich in einer Konfliktzone befinden und die Regierung Teil des Problems ist statt Teil der Lösung.

Was sind die Hauptgründe dafür, dass so viele Menschen ihre Heimat verlassen?

Was wir beobachten, ist eine starke Zunahme an neuen Konflikten. Seit Anfang 2014 haben wir sechs oder sieben neue Konflikte auf der Welt. Zudem gibt es immer noch die Megakrisen in Syrien und Irak, die rund 15 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen haben. Und die alten Krisen wie in Afghanis-

»Wir haben nicht mehr die Mittel, um wenigstens ein Mindestmaß an Schutz und Unterstützung bieten zu können.«

tan, Somalia oder der Demokratischen Republik Kongo sind auch nicht gelöst. Sie machen Millionen von Menschen die Rückkehr in ihre Heimatländer unmöglich. Klar ist, dass die internationale Gemeinschaft heute nur wenige Kapazitäten hat, militärische Konflikte zu verhindern und frühzeitig zu lösen. Wir leben in einer Welt, in der es nicht nur keine Global Governance gibt, sondern in der auch das Verhältnis der Mächte zueinander unklarer geworden ist. Deswegen herrschen überall auf der Welt Straflosigkeit und Unvorhersehbarkeit. Bewaffnete Konflikte können überall auf der Welt ausbrechen. Immer mehr Menschen leiden, und es stehen immer weniger Ressourcen zur Verfügung, um ihre Not zu lindern.

Ist der Terrorismus die Hauptursache für die gegenwärtige Flüchtlingskrise?

Die meisten Konflikte sind innerstaatlich, aber sie werden finanziell oder mit Waffen aus dem Aus-



António Guterres

UN-Foto: Jean-Marc Ferré

land unterstützt. Viele dieser Konflikte haben eine internationale Dimension angenommen. Syrien ist das schlagende Beispiel. Die Konfliktparteien und ihre ausländischen Unterstützer müssen verstehen, dass diese Konflikte sehr gefährlich werden können, nicht nur für die betroffenen Länder und Regionen, sondern für die ganze Welt. Zurzeit haben wir einen Krisengürtel, der von Nigeria, Mali, Libyen, über den Sinai, Somalia bis nach Jemen, Syrien, Irak, Afgha-

»Wir müssen darauf hinarbeiten, dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe von Beginn eines Konflikts an Hand in Hand gehen.«

nistan und Nordwest-Pakistan reicht: Alle diese Konflikte sind immer stärker miteinander verwoben. Sie stehen auch mit dem globalen Terrornetzwerk in Verbindung. Deren Kämpfer ziehen von einem Land zum nächsten. Sie kommen aus der ganzen Welt, auch aus Europa. Viele Europäer kämpfen in Syrien, Irak und anderswo. Die Menschen müssen verstehen, dass wir einer globalen Bedrohung gegenüber stehen. Daher sollten jene, die Einfluss auf die Konfliktparteien haben, alles ihnen mögliche tun, um sie aufzuhalten – im Interesse aller.

Ich nehme an, Sie können die internationale Gemeinschaft und den Sicherheitsrat nicht noch mehr drängen, als Sie es ohnehin schon tun. Was sind unter diesen Umständen die größten Herausforderungen für UNHCR?

Offensichtlich funktioniert unser System der Global Governance nicht, oder es existiert nicht. Wie Sie schon sagten, ist der Sicherheitsrat gelähmt. Weder die Großmächte noch die Länder der Region sind

in der Lage, die Konflikte zu beenden. Die Folge davon ist, dass immer mehr Menschen vertrieben werden. Leider stehen auch die Ressourcen, um sie zu unterstützen, nicht mehr in ausreichendem Maß zur Verfügung. Die Vorstellung, dass sich die ›Humanitären‹ schon um die Folgen der Kriege kümmern und die immer neuen Konflikte deshalb nicht so schlimm seien, trifft einfach nicht mehr zu. Wir haben keine Kapazitäten mehr, die Trümmer aufzusammeln und alles wieder aufzubauen. Es werden also mehr und mehr Menschen in Abhängigkeit und dramatischen Umständen alleingelassen.

Das Mindeste, das die internationale Gemeinschaft tun sollte, wäre, den humanitären Organisationen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber selbst das geschieht nicht. Das Welternährungsprogramm (WFP) musste letztes die Nahrungsmittelrationen in Syrien um die Hälfte kürzen.

Das war nicht nur in Syrien so, sondern auch in anderen Ländern. Das WFP ist nicht mehr in der Lage, den Bedarf zu decken. Es musste die Rationen um 30, 40 oder 50 Prozent reduzieren. In Mauretanien mussten sie die Unterstützung gänzlich einstellen. Das zeigt, dass die humanitäre Gemeinschaft als Ganzes finanziell am Ende ist. Wir haben keine Kapazitäten, um auf den exponentiell wachsenden Bedarf zu reagieren.

Eine Maßnahme könnte doch sein, UNHCR noch besser mit den anderen UN-Organisationen wie dem WFP oder UNICEF zu koordinieren.

Durch Koordinierung allein kann ein solches Problem nicht gelöst werden. Wir sind sehr gut mit dem WFP und anderen UN-Organisationen koordiniert. 720 NGOs auf der ganzen Welt arbeiten sehr effektiv mit uns zusammen. Das Problem ist nicht ein Mangel an Koordinierung, sondern schlicht ein Mangel an Ressourcen. Die internationale Gemeinschaft muss verstehen, dass die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nicht mehr länger als getrennt voneinander angesehen werden können. Aufgrund der Tatsache, dass der Entwicklungszusammenarbeit sehr viel mehr Geld zur Verfügung steht als der humanitären Hilfe, müssen wir sicherstellen, dass deren Akteure so früh wie möglich in den Krisensituationen tätig werden. Sie könnten jene Kommunen unterstützen, die Flüchtlinge und Binnenvertriebene aufgenommen haben oder die Wiedereingliederung von Menschen organisieren, die in ihre Heimat zurückkehren. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe von Beginn eines Konflikts an Hand in Hand gehen.

Aber wäre dies nicht ein Paradigmenwechsel?

Das ist es, und es ist absolut notwendig, den federführenden Regierungen klarzumachen, dass ei-

nige Länder für die Stabilität jener Regionen, von denen wir gerade sprechen, eine wesentliche Rolle spielen: sei es Jordanien oder Libanon in Bezug auf Syrien, Kenia in Bezug auf Somalia oder Kamerun in Bezug auf Nigeria. Dies sind Länder mit mittlerem Einkommen, die deswegen aus vielen Entwicklungsprogrammen herausfallen. Sie stellen aber Grundpfeiler für die Stabilität ganzer Regionen dar und sollten daher in der Entwicklungszusammenarbeit Priorität genießen. Die Welt wird immer gefährlicher, und das muss sich in den internationalen Strategien und Prioritäten der Führungspolitiker und internationalen Institutionen widerspiegeln.

Die Zahl an Binnenvertriebenen ist hoch und nimmt weiter zu. Welche Rolle kann UNHCR ohne ein offizielles Mandat spielen?

Keine Organisation hat ein spezielles Mandat für Binnenvertriebene. Die Verantwortung liegt grundsätzlich bei deren Heimatländern, doch viele Länder sind Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Erhalten wir Zugang und besteht die Aussicht auf Erfolg, werden Binnenvertriebene von UN-Organisationen und der humanitären Gemeinschaft so gut es geht unterstützt. Wir tun dies arbeitsteilig: UNHCR ist für die Koordinierung des Flüchtlings-schutzes, die Verwaltung der Lager, allgemeine Hilfsgüter und Unterbringung zuständig, das WFP für Ernährungssicherheit und UNICEF für Wasserversorgung, sanitäre Einrichtungen sowie Bildungsmaßnahmen.

Wären Sie dafür, die UN-Flüchtlingskonvention von 1951 um ein Mandat für Binnenvertriebene zu ergänzen?

Angeichts der aktuellen Diskussionen über Flüchtlinge warne ich davor, die Konvention von 1951 neu zu verhandeln. Ich fürchte sehr, wir würden ein weitaus schlechteres Abkommen erhalten.

Wie wäre es mit einem Zusatzprotokoll?

Was die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft angeht, wirksame rechtsverbindliche Instrumente zu schaffen, bin ich höchst skeptisch. In Afrika hat es glücklicherweise funktioniert¹, aber für andere Kontinente sehe ich diese Entwicklungen nicht. Zwar gibt es die Leitlinien betreffend Binnenvertreibungen², die von der Generalversammlung angenommen wurden. Durch sie als ›soft law‹ sollten sich die Staaten gebunden fühlen. Allerdings sind wir von der Einhaltung dieser Leitlinien weit entfernt.

Ist das internationale System für den Schutz von Binnenvertriebenen gut ausgestattet?

Nein, das denke ich nicht. Wir sind schlicht nicht in der Lage, unseren Auftrag zu erfüllen. Uns fehlen die Ressourcen und manchmal erlauben uns die Regierungen nicht zu arbeiten oder die Konflikt-

António Guterres und UNHCR

António Guterres ist seit Juni 2005 der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) und der zehnte Hohe Kommissar seit Gründung des Amtes im Jahr 1950. Der ehemalige portugiesische Ministerpräsident gehörte zu den Gründungsmitgliedern des portugiesischen Flüchtlingsrats im Jahr 1991 und stand während seiner Zeit als Politiker an der Spitze der internationalen Bemühungen, die Krise im damaligen Ost-Timor friedlich zu beenden. Sein Amt mit Sitz in Genf arbeitet mit über 9300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 123 Ländern für den internationalen Flüchtlingsschutz. Dessen Kernstück ist die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das Zusatzprotokoll von 1967. Zur vollständigen Erfüllung der UNHCR-Projekte, welche hauptsächlich durch freiwillige Beiträge finanziert werden, wurde für das Jahr 2015 ein Finanzbedarf von 7 Milliarden US-Dollar festgesetzt.

parteien verwehren uns den Zugang zu den gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Ich glaube nicht, dass sich die internationale Gemeinschaft auf rechtlich bindende Instrumente einigen wird, die Staaten dazu verpflichten, die Rechte von Binnenvertriebenen vollumfänglich zu achten.

60 Prozent der aktuellen Binnenvertriebenen kommen aus fünf Ländern: Irak, Südsudan, Syrien, der Demokratischen Republik Kongo und Nigeria. Gibt es spezielle Strategien für die einzelnen Länder, oder versucht UNHCR, das Problem global anzugehen?

Jedes Land ist speziell. Unterschiedliche Dynamiken bedingen ihre Situation. Die Beziehungen zu den Nachbarländern und ihre Möglichkeiten, Menschen zu schützen, sind unterschiedlich. In jedem Land ist also eine eigene Strategie notwendig, auch wenn es im Prinzip immer dieselbe Herangehensweise ist: Zugang zum Schutz zu garantieren (Stichwort: offene Grenzen), die Rechte der Menschen stärken und internationale Unterstützung mobilisieren.

Angeichts Tausender Tote im Mittelmeer in den letzten zwölf Monaten sind die Mängel des europäischen Asylsystems (Dublin-III-Verordnung) offenkundig. Wie würden Sie Europas Reaktion auf die aktuelle Krise bewerten?

Zuallererst sollten wir die Dinge trennen. In der ersten Hälfte von 2015, nachdem ›Mare Nostrum‹ beendet war, herrschte ein Mangel an Seerettungs-

¹ Siehe African Union Convention for the Protection and Assistance of Internally Displaced Persons in Africa (Kampala Convention), 22.10.2009, www.unhcr.org/4aegbedeg.html

² Siehe UN-Dok. E/CN.4/1998/53/Add.2 v. 11.2.1998.

kapazitäten, und die Operation ›Triton‹ war einfach nicht ausreichend. Glücklicherweise hat sich das jetzt enorm verbessert. Übrigens flüchten derzeit viel mehr Menschen über die Türkei nach Griechenland als von Libyen und Ägypten nach Italien. Das ist den meisten nicht bewusst. Wenn Sie denken, dass Menschen, die nach Griechenland gehen, ein besseres Leben erwartet, muss man sich im Klaren sein, dass sie in ein Land kommen, das über sehr geringe Aufnahmekapazitäten verfügt. Dann ziehen die Menschen meistens weiter in Länder, die noch weniger Möglichkeiten haben: Bulgarien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien oder Serbien. Oder sie erreichen Ungarn, das auch sehr restriktive Maßnahmen erlassen hat. Nach Europa zu ge-

»Im vergangenen Jahr fanden 70 000 Menschen durch Neuansiedlungsprogramme Zuflucht in Industrieländern.«

langen, ist also bestimmt keine leichte Sache. Wir brauchen eine europäische Antwort, mit europäischer Solidarität und europäischer Verantwortung. Leider sind wir noch weit davon entfernt, auch wenn die Vorschläge der Europäischen Kommission unserer Meinung nach in die richtige Richtung gehen. Ich bedauere es, dass der Europäische Rat sie nicht vollumfänglich gebilligt hat, namentlich eine verpflichtende Umverteilung von Schutzsuchenden, die eine fairere Verteilung bei gleichzeitiger Übernahme der vollen Verantwortung der Einreiseländer ermöglicht.

Also würden Sie einem Quotensystem für eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden in den EU-Staaten zustimmen?

In Extremsituationen sollte es eine kollektive Verantwortung geben. Ein Weg dorthin ist ein Quotensystem – vorausgesetzt, die Länder gehen verantwortungsbewusst mit der Registrierung, dem Abnehmen von Fingerabdrücken und der Identifizierung der Personen um, die Schutz benötigen.

Glauben Sie, dass ›EUNAVFOR Med‹, die neue militärische EU-Mission gegen Schlepper im Mittelmeer, die richtige Antwort ist?

Bislang gibt es nur einen Austausch von Informationen und Erkenntnissen. Aber unsere Position ist sehr klar: Wir sind sehr dafür, gegen Schlepper und Menschenhändler hart vorzugehen. Dies setzt aber voraus, dass dabei das Völkerrecht eingehalten wird, die Opfer effektiv geschützt werden und dass Wege geschaffen werden, damit Menschen legal nach Europa gelangen können. Das bedeutet, eine flexiblere Visapolitik einzuführen sowie mehr Möglichkeiten der dauerhaften Neuansiedlung aus Erstzufluchtstaaten (Resettlement), der Aufnahme aus hu-

manitären Gründen und der Familienzusammenführung anzubieten, wie es in Deutschland der Fall war. Die Vorstellung, dass man die Probleme ausschließlich durch den Kampf gegen Schlepper lösen könnte, hat sich bei jeder Art von Menschenhandel in der Geschichte der Menschheit als falsch erwiesen.

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Europa braucht eine umfassende Strategie. Die Ursachen von Flucht und Vertreibung in den Ländern müssen angegangen werden, die Schutzmechanismen in Durchgangsländern müssen verbessert werden, es müssen Bedingungen geschaffen werden, damit die Menschen bleiben können und nicht gezwungen sind zu fliehen oder die Flucht fortzusetzen. Und natürlich muss gegen Schlepper und Menschenhändler vorgegangen werden, einschließlich ihrer strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung. Nicht zuletzt müssen wir legale Wege für die Einwanderung nach Europa schaffen. Wir brauchen einen europäischen Solidaritätsmechanismus, der es Europa erlaubt, dies alles auf eine Weise umzusetzen, damit die wenigen Länder, die eine positive Haltung gegenüber Menschen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen, hierfür nicht noch bestraft werden.

Sind Sie mit der gegenwärtigen Rettungsoperation, die nicht mit ›Mare Nostrum‹ vergleichbar ist, zufrieden?

Die Ergebnisse zeigen, dass die Anzahl der im Mittelmeer ums Leben gekommenen Personen stark zurückgegangen ist. Das heißt, dass die Kapazitäten in der Tat deutlich ausgebaut wurden. Das könnte eine Verbesserung sein. Aber Sorgen bereiten uns zurzeit die Menschen, die von der Türkei nach Griechenland gehen. Es sind sehr viele, und ihre Aufnahmebedingungen sind absolut entsetzlich.

Was denken Sie über die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Drittländern? Wäre das eine Lösung?

Neuansiedlungsprogramme (Resettlement) schätzen wir sehr. Aber im Verhältnis zum Bedarf sind die Möglichkeiten beschränkt. Im vergangenen Jahr fanden 70 000 Menschen durch Neuansiedlungsprogramme Zuflucht in Industrieländern. Wir waren in der Lage, ihnen ein besseres Leben zu verschaffen. Wir schätzen, dass für mehr als eine Million Flüchtlinge das Resettlement die angemessene Lösung wäre, aber wir haben weniger Möglichkeiten, als wir gerne hätten. Wir begrüßen es sehr, dass Deutschland vor dem Hintergrund des Syrien-Konflikts über 30 000 Menschen im Rahmen humanitärer Aufnahmeprogramme Zuflucht geboten hat. Wenn alle Industrieländer so gehandelt hätten, wäre die Lage sehr viel besser. Aber selbst wenn die Zahlen gering sind, die Wahrheit ist, dass das Leben von jemandem, der seit 20 Jahren in einem Flüchtlingslager wie Dadaab in Kenia lebt, nicht zu verglei-

chen ist mit dem Leben einer Familie, die nach Deutschland, in die USA oder nach Kanada kommen konnte, wo sie kleine Betriebe gründen und ihre Kinder studieren können. Für viele Menschen ist Resettlement wenn schon keine Frage von Leben und Tod, dann doch von Hoffnung und Verzweiflung.

In Bezug auf die legale Einwanderung: Was sollten stichhaltige Gründe sein, die einen Anspruch auf Asyl begründen? Sollte nur politische Verfolgung einen triftigen Grund darstellen oder auch Armut und Perspektivlosigkeit?

Ich denke, dass viele Länder der Welt Immigration brauchen. Meine Mutter, zum Beispiel, ist 92 Jahre alt und braucht Hilfe rund um die Uhr. Deshalb ist immer eine Person bei ihr. Wann immer ich sie besuche, nie habe ich einen Portugiesen oder eine Portugiesin an ihrer Seite gesehen. Es waren immer Immigranten. Und ich denke, in der Schweiz, wo ich zurzeit lebe, in Deutschland oder Schweden ist das noch ausgeprägter. Alle Länder des Nordens brauchen Einwanderer. Angesichts der demografischen Prognosen für ein Land wie Portugal mit einer Geburtenrate von 1,3 ist offensichtlich, dass Einwanderung für den Bestand der Bevölkerung erforderlich ist. Dies sollte anerkannt werden und Einwanderung entsprechend gut organisiert und gesteuert werden. Herkunfts-, Ziel- und Durchgangsländer müssen zusammenarbeiten, um die Prozesse geordnet und rechtmäßig durchzuführen. Wir sollten auf die bestmögliche Weise versuchen, den Bedarf der Industrieländer mit der Tatsache in Einklang zu bringen, dass viele Menschen in ihren Heimatländern keine Perspektive haben. Für Menschen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen, liegen die Dinge anders. Hier gilt das Völkerrecht, das die Staaten verpflichtet, Menschen, die auf ihr Territorium gelangen, Schutz zu gewähren.

Gibt es Länder oder Regionen, die als Vorbild dienen könnten?

Spanien könnte als Beispiel dienen mit seiner Zusammenarbeit mit Westafrika. Ich behaupte nicht, dass es ein perfektes Beispiel ist, aber die Zusammenarbeit zeigte teilweise gute Ergebnisse. Länder wie Kanada oder Australien haben sehr hohe Einwanderungsquoten und gute Resettlement-Programme. Wir haben viele Instrumente, um die Migration angemessen zu organisieren. In Europa haben wir das Problem, dass es so etwas wie eine europäische Migrationsstrategie nicht gibt. Die Länder sind souverän und haben ihre eigenen Migrationsstrategien. Deswegen kommen die Menschen auf irregulärem Weg – mit all den Konsequenzen, die wir erleben.

Rückblickend auf Ihre zehn Jahre im Amt: Würden Sie sagen, dass Sie die Ziele, die Sie sich am Anfang gesetzt haben, erreicht haben?



António Guterres mit syrischen Flüchtlingskindern im Beeka Valley, Libanon, im März 2014.
Foto: UNHCR/A. McConnell

Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen und der großen Defizite bei den Möglichkeiten, die Flüchtlinge zu unterstützen, ist es sehr klar, dass wir unser Ziel nicht erreicht haben. Dabei suche ich nicht nach Schuldigen. Ich kam in dieses Amt mit dem Ziel, einen Beitrag zur Reduzierung der weltweiten Flüchtlingszahlen zu leisten. Und es gab Zeiten, in denen ich dachte, wir würden es schaffen. Wir haben jedes

»Angesichts der demografischen Prognosen für ein Land wie Portugal ist offensichtlich, dass Einwanderung für den Bestand der Bevölkerung erforderlich ist.«

Jahr einer Million Menschen geholfen, wieder nach Hause zurückzukehren, und einige Jahre lang sind die Zahlen zurückgegangen. Aber leider sind die Dinge in jüngster Zeit fürchterlich schief gelaufen.

Blicken Sie dennoch optimistisch auf die Zukunft?

Jean Monnet, einer der Gründungsväter Europas, hat einmal gesagt, als ihm die gleiche Frage gestellt wurde: »Ich bin weder Pessimist noch Optimist, ich bin bloß entschlossen.« Ich denke, das ist es, was wir alle sein sollten.

Das Telefoninterview fand am 3. Juli 2015 statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß.